

Neuer EU-Außenposten

Seit es immer schwieriger wird über Griechenland in die EU zu flüchten, ist Bulgarien zu einem wichtig Transitland auf dem Weg nach Westeuropa geworden. Viele Flüchtlinge müssen allerdings das Asylverfahren meist unfreiwillig in dem ärmsten EU-Land durchlaufen.

Von Claudia Grobner

Nach der Registrierung wurde Mahmud in eine Aufnahmeeinrichtung gebracht. Ein Polizist wollte von ihm dafür 100 Euro, die er dann später dort zurückbekommen würde.



Ende Juli 2014 wurde der 30 Kilometer lange und drei Meter hohe Grenzzaun zwischen Bulgarien und der Türkei nach neunmonatiger Bauzeit fertig gestellt. Der mit Stacheldrahtrollen verstärkte Zaun soll verhindern, dass Flüchtlinge heimlich über die „grüne Grenze“ nach Bulgarien gelangen und somit in die Europäische Union. Nach Melilla und Griechenland ist der Zaun in Bulgarien der dritte, der sich an den EU-Außengrenzen gegen Flüchtlinge richtet.

Mahmud (Name geändert) aus Afghanistan hat es von Bulgarien nach Österreich geschafft, sein Asylantrag wurde jedoch abgelehnt, weil ihm in Bulgarien die Fingerabdrücke abgenommen wurden und Österreich somit nicht für ihn verantwortlich ist – Dublin III hat wieder einmal zugeschlagen. Mahmud will nicht zurück und ist untergetaucht.

Als EU-Mitglied ist Bulgarien zwar verpflichtet für die schutzsuchenden Menschen zu sorgen, aber Essen gibt es in den „Aufnahmeeinrichtungen“ nicht. Auch für eine/n Anwalt/Anwältin kommt der Staat nicht auf. Lediglich 65 Lewa¹ (umgerechnet 33 Euro) werden im Monat ausbezahlt, für jene, die registriert sind.

Nach der Registrierung wurde Mahmud in eine Aufnahmeeinrichtung gebracht. Ein Polizist wollte von ihm dafür 100 Euro, die er dann später dort zurückbekommen würde. Im zweiten Heim angekommen, wusste dieser plötzlich nichts mehr von dem Geld. Wer sich keine/n Anwalt/Anwältin leisten kann, bleibt für etwa ein Jahr in den Erstaufnahmestellen und wird dann nach Sofia gebracht. Wer Geld hat, schafft es früher. Aber in Sofia sind die Heime überfüllt, tausende Menschen leben auf den Straßen. Mahmud erzählt von seinen Erlebnissen: „Da gibt es einen Bahnhof, so wie hier in Wien der Westbahnhof mit drei Stöcken. In dem untersten Stock schla-

fen in den Nächten 1000 bis 2000 Menschen. Manchmal kommt die Polizei und durchsucht alle. Wer Geld hat, dem/der wird es abgenommen.“

Millionen für Flüchtlingsabwehr

In einer Antwort der Deutschen Bundesregierung im Mai 2014 auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE heißt es, dass Bulgarien gegenwärtig „unter anderem mit Hilfe des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) und in Kooperation mit dem UNHCR große Anstrengungen“ unternimmt, „um trotz des gestiegenen Flüchtlingszustroms im Jahr 2013 die Anforderungen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zu gewährleisten“. Neben Maßnahmen zur Verbesserung des Aufnahmesystems, der Herkunftsländerinformationen oder der Ausbildung neuer Kräfte, soll unter anderem die Versorgung und Registrierung schutzbedürftiger Personen sichergestellt werden.

Die EU zahlte im Jahr 2013 rund 750.000 Euro an Bulgarien für die Verbesserung der Aufnahmebedingungen und des Asylverfahrens. Für den Grenzzaun gab es von der EU hingegen über 13 Millionen Euro². Der Weiterbau an der Festung Europa steht somit vor dem Flüchtlingschutz.

Einmal wurde Mahmud bereits von Griechenland nach Bulgarien abgeschoben. Dort wurde ihm dann mitgeteilt, dass er für 15 Monate ins Gefängnis müsse und zusätzlich 1.500 Euro Strafe zu zahlen hätte, falls er noch einmal aus einem anderen Land zurück nach Bulgarien geschoben werden würde.

Bulgarien gilt als das ärmste EU-Land und ist mit 12.000 Flüchtlingen derzeit vollkommen überfordert. Laut einem UNHCR-Bericht vom 15. April 2014 haben die sieben bestehenden Aufnahmeeinrichtungen zur Registrierung und Unterbrin-

1 www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/syrische-fluechtlinge-in-bulgarien-unerwunschte-gae-ste-im-armenhaus-12719354.html

2 www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/bundesregierung-verharmlost-lage-fluechtlingen-bulgarien/



Bulgarien gilt als das ärmste EU-Land und ist mit 12.000 Flüchtlingen derzeit vollkommen überfordert.

gung der Geflüchteten eine Kapazität von rund 4.150 Plätzen. Seit Beginn des Krieges in Syrien vor drei Jahren sind rund 2,9 Millionen Menschen in die Anrainerstaaten geflohen. Etwa 123.600 SyrerInnen haben in Europa Asyl gesucht, das sind nur vier Prozent der syrischen Vertriebenen. Viele von ihnen stranden in Bulgarien und kommen von dort nicht weiter.

Illegale Push-Backs

Im April 2014 berichtet Pro Asyl mit Unterstützung des Teams von Bordermonitoring Bulgaria (BMB) über brutale Push-Backs an der bulgarisch-türkischen Grenze. Ganze Familien werden unter Gewaltanwendung in die Türkei zurückgebracht. „Erst haben sich die Polizisten mit uns hingesezt, sie haben uns aufgenommen, sie sagten mir, sie würden uns in ein Flüchtlingslager bringen. Sie gaben uns Wasser, sie waren nett zu uns. Aber als sie uns in ihr Auto luden und uns zurück zur Grenze brachten, fing sie an, uns zu schlagen“, berichtet eine syrische Frau, die versuchte, mit ihren zwei

minderjährigen und zwei erwachsenen Kindern die bulgarische Grenze zu überqueren, um in der EU Schutz zu suchen. BMB hat die Familie in einem Krankenhaus in der Türkei besucht, wo sie aufgrund von mehreren Knochenbrüchen behandelt wurden. Das Schicksal dieser Familie ist bei weitem kein Einzelfall. Berichte und Aussagen von UNHCR, Amnesty International und Human Rights Watch bestätigen, dass Push-Back-Operationen seit Anfang 2014 als gezielte Strategie eingesetzt werden. Mindestens 519 Personen, darunter eine schwangere Frau, wurden so völkerrechtswidrig zurückgewiesen.

Amnesty International schloss sich im April 2014 der Position des UNHCR an und forderte die europäischen Länder auf, keine Asylsuchenden nach Bulgarien abzuschicken, „bis das Land seine verheerenden Aufnahmebedingungen tatsächlich verbessert hat und die gravierenden Schwachstellen im Asylverfahren beseitigt sind“. „Bulgarien hat noch lange nicht die Zielmarke erreicht, was die Behandlung von Flüchtlin-

gen und Asylsuchenden betrifft. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen alle Überstellungen stoppen und Verantwortung für die tausenden Männer, Frauen und Kinder übernehmen, die dringend Hilfe benötigen", so Jezerca Tigani, stellvertretende Programmdirektorin für Europa und Zentralasien von Amnesty International.

Weiterhin miserable Bedingungen

Zwar änderte das UNHCR in seinem aktuellsten Bericht „Bulgaria as a country of asylum“ vom 15. April 2014 seine Position und geht davon aus, dass Überstellungen nach Bulgarien nicht mehr grundsätzlich ausgesetzt werden müssen, da Sanierungen und Bauarbeiten in dem Aufnahmезentrum Harmanli durchgeführt wurden. Laut Amnesty ist das Lager aber weiterhin überfüllt. Bis zu sieben Menschen leben in kleinen Containern von sieben Quadratmetern, in einem anderen Lager teilen sich etwa 600 BewohnerInnen sechs Duschen und zwölf Toiletten.

Amnesty Programmdirektorin Tigani dazu: „Die Fortschritte, die Bulgarien bisher gemacht hat, sind kaum mehr als ein Pflaster auf einer klaffenden Wunde. Es muss noch viel mehr unternommen werden. UNHCR muss weiterhin die Aussetzung aller Überstellungen von Asylsuchenden aus EU-Ländern nach Bulgarien fordern. Bis grundlegende Verbesserungen des Systems zu verzeichnen sind, wird die schlechte Lage der Menschen in diesen Aufnahmелagern weitgehend ungehindert fortbestehen.“

Mahmud kann jetzt nur noch darauf hoffen, dass es – ähnlich wie für Griechenland im Jahr 2011 – zu einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kommt, der Abschiebungen nach Bulgarien für menschenrechtswidrig erklärt und die Mitgliedsstaaten dazu aufruft keine Dublin-Abschiebungen nach Bulgarien mehr durchzuführen.

Die EU-Mitgliedsstaaten müssen alle Überstellungen stoppen und Verantwortung für die tausenden Männer, Frauen und Kinder übernehmen, die dringend Hilfe benötigen.

